WA.de

Ausgabe: WA-Hamm
Erscheinungstag: 10.11.2015
Seite: 11, Resort: LOKALES

Über Auswirkungen des Projekts „Kein Kind zurücklassen" überzeugte sich NRW-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (Mitte) bei einem Besuch Anfang 2013 in Hamm. ▪ Foto: Wiemer

Ausgabe: WA-Hamm
Erscheinungstag: 10.11.2015
Seite: 11, Resort: LOKALES

Kindeswohl im Mittelpunkt

„Kein Kind zurücklassen“ zwischen PR-Gag und Modellprojekt

Von Robert Vornholt

DÜSSELDORF/HAMM ▪ Wie erfolgreich ist das Prestige-Projekt „Kein Kind zurücklassen“ tatsächlich? NRW-Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) hat die frühen vorbeugenden Hilfen für Kinder – kurz Kekiz – zu ihrem Herzensanliegen erklärt, weil die Förderung soziale Folgekosten verhindere. „Das ist ein super PR-Gag“, meint die CDU-Landtagsabgeordnete Ina Scharrenbach (Kamen). Die Landesregierung habe die 18 Modellkommunen, zu denen Hamm sowie die Kreise Unna und Warendorf gehören, lediglich mit 1,3 Millionen Euro unterstützt, verweist sie auf einen Bericht des Jugendministeriums. Die rot-grüne Landesregierung lasse sich ihr Prestige-Projekt in weiten Teilen von den Kommunen finanzieren, macht sie eine halbherzige Hilfe aus.

Ziel des bis 2020 verlängerten Kekiz-Projektes ist es, für alle Kinder die besten Bildungsmöglichkeiten und Voraussetzungen für ein „gelingendes Aufwachsen“ zu schaffen. Dazu werden so genannte Präventionsketten aufgebaut, um bereits bestehende Angebote für Kinder und Familien besser zu verknüpfen und gezielte Hilfe vor Ort zu leisten. Langfristig setzt Kraft auf höhere soziale Renditen durch Vorbeugung, also auf Einsparungen wegen nicht ausgegebener Sozialleistungen. Es dauere aber eine Generation, ehe alle Folgen vorbeugender Hilfen bewertet werden könnten.

1,8 Millionen Euro flössen aus dem Jugendetat des Landes in die Finanzierung des Modellvorhabens, zusätzliche 2,9 Millionen Euro gebe es aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF). Die Bertelsmann-Stiftung verwalte davon 1,2 Millionen Euro und bringe zusätzlich zwei Millionen Euro in das Projekt ein, rechnet Jugendministeriumssprecherin Hayke Lanwert vor. Jüngst hatte Bertelsmann-Stiftungsvorstand Brigitte Mohn, die gemeinsam mit der Ministerpräsidentin Schirmherrin des Projekts ist, angekündigt, dass die Flüchtlings- und Asylproblematik „ein großer Baustein“ werde.

Theo Hesse, Fachbereichsleiter für Soziales in der Modellkommune Hamm, erläutert, dass die 60 000 Euro, die laut Liste des Landes nach Hamm geflossen sind, für Verwaltungszwecke – etwa für Organisation und wissenschaftliche Begleitung – ausgegeben worden seien. Er verweist auf Gesamtausgaben von 3,86 Millionen Euro, wobei insgesamt 730 000 Euro aus Düsseldorf geflossen seien. In Hamm sei ein Präventionsbudget mit Eigenmitteln in Höhe von bisher 3,13 Millionen Euro gebildet worden, das durch Umsteuerung von Geldern (etwa weniger Ausgaben für erzieherische Hilfen) sowie aus Zuschüssen gebildet worden sei. „Kekiz ist ein erfolgreiches Projekt, weil alle Bereiche auf ein Ziel ausgerichtet worden sind“, betont Hesse, dass frühzeitige Hilfen für Kinder auch mit Kontrollen verbunden worden seien. Direkte Unterstützung der Familien (etwa durch regelmäßige Begleitung Neugeborener), aber auch Überprüfungen, ob Familien überhaupt noch anspruchsberechtigt sind, hätten sich also ausgezahlt. Hesse hält einen Ausbau des Kekiz-Programms für sinnvoll und setzt darauf, dass bei weiteren Projekten alle Ministerien eingebunden werden. Dann könne ein ganzheitliches Konzept entwickelt werden, bei dem das Kindeswohl im Vordergrund steht.

„Es ist klar, dass Vorbeugung funktioniert und das Modellvorhaben erfolgreich verlaufen ist“, bilanziert die Landesregierung. Das Institut für soziale Arbeit Münster, das Jugendhilfen wissenschaftlich begleitet und organisiert, habe für die kommenden beiden Jahre 600 000 Euro EU-Mittel beantragt, die Kofinanzierung (50 Prozent) übernehme das Land. Gut eine Million Euro soll an Kekiz-Kommunen weitergeleitet werden, die Eigenanteile einbringen müssen. Da das Prüfungsverfahren für die Bewilligung der Förderung noch nicht abgeschlossen sei, gebe es noch keine Informationen, welche Kommunen künftig ins Programm aufgenommen werden.

Das „Kekiz“-Projekt in Hamm

Frühzeitige Prävention verhindert teure Folgekosten. Dieser Grundsatz habe sich beim Projekt „Kein Kind zurücklassen“ (Kekiz) bewährt, sagen Hamms Oberbürgermeister Thomas Hunsteger-Petermann und sein Soziales-Fachbereichsleiter Theo Hesse (beide CDU). Der Ansatz, das Kindeswohl in den Mittelpunkt zu rücken und darauf alle Ressourcen auszurichten, sei der richtige Weg. Sie wollen in einigen Tagen eine neue Jahresbilanz vorlegen. Konkrete Zahlen nannten sie auf Anfrage zwar noch nicht, das Ergebnis wurde aber schon einmal positiv gedeutet. Mit Kekiz gebe es eine Gesamtstrategie von der Schwangerschaft bis zum Übergang Schule, Beruf und Studium. Trotz vermehrter Zuwanderung seien die Übergänge zu weiterführenden Schulen verbessert worden, insbesondere in „benachteiligten Sozialräumen“, argumentiert Hesse. Gemessen werden dabei die Übergangsquoten. Eine Verbesserung wird immer dann festgestellt, wenn zum Beispiel mehr Schüler aus der Risikogruppe eine Gymnasialempfehlung erhalten als im Vorjahr. In Hamm stieg demnach der Anteil der Grundschüler, die durch Kekiz erfasst wurden und auf eine Realschule oder ein Gymnasium wechseln dürfen, um fünf Prozent. Absolute Zahlen wurden nicht genannt. Nicht nur die Kinder selbst, sondern auch deren Eltern werden in die Unterstützungsprogramme eingebunden, um Fehlentwicklungen verhindern zu können. Bei der Beteiligung von Eltern aus so genannten Risikogruppen gebe es einen Anstieg, so Hesse. Durch Intensivierung der Bemühungen, Eltern für Kekiz-Unterstützung zu gewinnen, wurden 1 852 von 3 806 „belasteten Familien“ erreicht. Im Vorjahr waren es nur 776 von 3 848 Familien. Besondere Bedeutung habe die „institutionen- und phasenübergreifende Zusammenarbeit“ aller Beteiligten, die inzwischen in allen Hammer Stadtteilen etabliert sei. Kekiz zahle sich auch finanziell aus, hat Hesse ermittelt, dass mehrere 100 000 Euro allein durch den Wechsel in der Jugendhilfe von stationärer zu ambulanter Hilfe freigeschaufelt worden seien. Dies hatte unter anderem zu Kritik von Trägern stationärer Jugendhilfeeinrichtungen gesorgt. ▪ vor/jiz